

Der Weg zu einer ökologisch-sozialen, zukunftsfähigen Gesellschaft

(zweite, überarbeitete Ausgabe)

Franz Groll, Gechingen

Inhalt:

Mit diesem Aufsatz sollen grundsätzliche Vorgänge in der Volkswirtschaft erläutert und der Weg zu einer ökologisch-sozialen Zukunft aufgezeigt werden. Es wird erörtert wie das Kapital entsteht, ob beim derzeitigen Wirtschaftssystem Wachstum unablässig ist, ob Gewinne nur dann möglich sind, wenn dem System neues (aus dem Nichts geschöpftes) Geld-Kapital zufließt und ob ein Übergang in ein zukunftsfähiges, nicht dem Wachstumszwang unterliegendes, marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem möglich ist.

Im ersten Teil werden die allgemein gültigen Abläufe in der Volkswirtschaft dargestellt. Im zweiten Teil werden die Besonderheiten in folgenden drei unterschiedlichen Situationen der Volkswirtschaft diskutiert:

1. Die Bedingungen für (gewolltes) „Null-Wachstum“
2. Die Vorgänge bei forciert wachsender Volkswirtschaft
3. Die Wirtschaft im ökologischen Umbauprozess
(In diesem Abschnitt werden auch ganz kurz die dafür erforderlichen Veränderungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen angeführt.)

Im dritten Teil werden die essentiellen Erkenntnisse aufgezeigt und eine mögliche Strategie zur Durchsetzung der notwendigen Veränderungen diskutiert.

Weitere Veröffentlichungen:

Aufsatz: „Die Ökonomie neu denken“

Buch: „Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert“ Riemann-Verlag 2004

Definitionen

In diesem Aufsatz werden zwei Formen von Kapital betrachtet:

1. Das **Geld-Kapital** - dies ist für Investitionen verfügbares Geld, das in Form von Eigenkapital, als Kredit oder in Form von Anleihen, Aktien und Wechseln zur Verfügung stehen kann.
2. Das **Realkapital** - das sind alle Formen von Gütern die zur Bereitstellung von Konsumgütern und Dienstleistungen benötigt werden. Dazu zählen: Gebäude, Infrastruktureinrichtungen, Maschinen, Werkzeuge, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, Produkt- und Verfahrensentwicklungen.
Das Realkapital entsteht aus dem Einsatz der Produktionsfaktoren (PF) „Arbeit“ und „natürliche Ressourcen“, im Realkapital ist der bereits erfolgte Einsatz der PF gespeichert.
Die Realkapitalien können auch als Sekundär-Produktionsfaktoren bezeichnet werden. Insofern unterscheidet sich Realkapital grundsätzlich vom Geld-Kapital, das kein Produktionsfaktor ist (dazu mehr weiter unten).

Diese beiden Formen von Kapital sind grundsätzlich unterschiedlich, sind aber durch Kauf und Verkauf von Realkapital ineinander umwandelbar.

Modellhaft werden die Akteure der Wirtschaft in **Haushalte** und **Unternehmen** eingeteilt. Die Haushalte stellen den Unternehmen vor allem den PF „Arbeit“ zur Verfügung, mit deren Hilfe die Unternehmen den zweiten Produktionsfaktor - die natürlichen Ressourcen – aus der Natur schöpfen und in Konsum- und Investitionsgüter umwandeln. Unternehmer und Führungskräfte der Unternehmen gehören ebenfalls zu den Haushalten, auch sie stellen den Unternehmen ihre Arbeitsleistung zur Verfügung. Es gibt auch Haushalte, die den Unternehmen Geld-Kapital leihen oder sich an Unternehmen mit Eigenkapital beteiligen. Die Haushalte werden für ihre Leistungen von den Unternehmen entlohnt und können in diesem Umfang bei den Unternehmen Konsumgüter erwerben oder sie sparen einen Teil ihres Einkommens und stellen es den Unternehmen wieder zur Verfügung.

Teil I: Theoretische Betrachtungen

1. Grundsätzliche Erläuterungen

a) Die Wirkung der Produktionsfaktoren und des Geld-Kapitals

Durch den Einsatz unserer Arbeitskraft und unter Zuhilfenahme natürlicher Ressourcen werden Güter geschaffen, die den beteiligten Menschen zugute kommen. „Arbeit“ und die „natürlichen Ressourcen“ sind die Primär-Produktionsfaktoren, von deren Verfügbarkeit, Qualität und Einsatz der Wohlstand der Menschen einer Gesellschaft abhängt. Durch sie werden Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt die das Leben ermöglichen und es möglichst immer angenehmer machen.

Unter dem PF „Arbeit“ verstehe ich die Arbeitsleistung aller Menschen, die an der Entstehung von nützlichen Produkten und Dienstleistungen beteiligt sind, z.B.: Reinigungspersonal, Fach- und Führungskräfte, Pflegekräfte, Künstler, Beamte und Unternehmer. Auch die unentgeltlich tätigen Menschen wie z.B. die Hausfrauen, bzw. Hausmänner oder ehrenamtlich tätige BetreuerInnen in den Vereinen gehören dazu. Auch sie erbringen eine Wertschöpfung, allerdings ohne Bezahlung, ihre Leistung geht daher nicht in das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein.

Die Menschen stellen ihre praktischen und geistigen Fähigkeiten und ihre Kreativität zur Erhaltung und zur Steigerung der Lebensqualität zur Verfügung.

Zu den natürlichen Ressourcen zählt die gesamte Natur mit allen ihren Ressourcen und Bestandteilen: Energie(rohstoffe), nachwachsende und nicht nachwachsende Rohstoffe, Wasser, Luft und das Klima sowie die Aufnahmefähigkeit für Abfälle aller Art.

Die PF **Arbeit und natürliche Ressourcen** werden bei der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen **verbraucht** und können daher knapp werden. Sie sind **untrennbar mit dem geschaffenen Gut verbunden**, sie können nicht wieder zurück gegeben werden. Einige eingesetzte natürliche Ressourcen können zwar wiederaufgearbeitet werden, dann ist aber das ursprünglich hergestellte Gut nicht mehr existent.

Geld-Kapital ist kein Produktionsfaktor, es wird nie Bestandteil eines Produktes und es wird auch durch seine Verwendung **nicht verbraucht**, im Gegenteil, es kann bei seinem **Gebrauch** durch den Zins und die Gewinnausschüttung sogar vermehrt werden, wenn das Kapitaleinkommen nicht für Konsum verwendet wird. **Geld-Kapital übt nur eine Überbrückungsfunktion aus**, damit die PF Arbeit und natürliche Ressourcen optimal eingesetzt werden können; es wird nach einsetzenden Verkaufserlösen der entstehenden Güter ganz wieder zurückbezahlt, zusätzlich erfolgt die Bezahlung des Zinses bzw des Gewinns.

Die Überzeugung, dass nur die Arbeit und die natürlichen Ressourcen die PF sind, von denen der Wohlstand der Menschen abhäng, und nicht das Kapital (und Arbeit) wie es in der Wirtschaftswissenschaft üblicherweise dargestellt wird, ist nicht neu. Sie wurde schon im 17ten Jahrhundert von Sir William Petty vertreten, er nannte die Arbeit den Vater und die Natur die Mutter des Wohlstandes der Menschen. Auch in der Gegenwart gibt es bekannte Persönlichkeiten, die diese These vertreten, z.B. Prof. H.C. Binswanger.

b) Aus Arbeit und natürlichen Ressourcen entstehen Konsumgüter und (Real)-Kapital
Die Konsumbedürfnisse der Menschen werden von den Beschäftigten der Konsumgüter- und Dienstleistungsbranchen erfüllt. Die Werte, die von den Beschäftigten der Investitionsgüterbranche und den dazu erforderlichen Dienstleistungen geschaffen werden, sind das Realkapital.

Das Realkapital entsteht dadurch, dass die Arbeitskräfte aller Branchen, also auch der Konsum- und Dienstleistungsbranchen, mehr Werte schaffen, als sie verbrauchen. Mit der zusätzlichen Wertschöpfung entstehen Investitionsgüter. Ihre Finanzierung erfolgt auf unterschiedliche Weise; teilweise geschieht dies durch das individuelle Sparen der Haushalte ganz freiwillig oder kollektiv durch das Abführen von Steuern (dazu zählen nur die Steuern, die für Investitionen genutzt werden) oder dadurch, dass die Unternehmen den Arbeitskräften für ihre Leistungen weniger bezahlen als dem Gesamtwert der erbrachten Leistungen entspricht. Die Differenz ist von K. Marx als „Mehrwert“ bezeichnet worden. Die Folge ist, dass die Haushalte nicht die gesamte erbrachte Leistung kaufen können. Die Differenz bleibt im Besitz der Unternehmen, bzw. ihrer Kapitalgeber. Dies führt unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einer Konzentration von Kapitaleigentum.

Wie schon eingangs erwähnt, sind Geld-Kapital und Realkapital durch Verkauf und Kauf ineinander umwandelbar. Das heißt: Durch die Schaffung von Realkapital entsteht also auch Geldvermögen. (Ergänzende geldpolitische Aspekte werden weiter unten erörtert.)

Zusammenfassung:

Kapital entsteht dadurch, dass die Güter und Dienstleistungen, die durch den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen geschaffen werden, nicht alle sofort verbraucht, sondern in Investitionsleistungen gespeichert werden.

2. Die Verteilung und Verwendung der geschaffenen Güter

In einer solidarischen Gesellschaft (hier als Denkmodell verstanden) werden die geschaffenen Güter an alle Menschen der Gesellschaft in gleicher Weise verteilt. Sobald der Zustand erreicht ist, dass mehr Güter geschaffen werden können als unmittelbar Konsumgüter gebraucht werden, kann ein Teil der Arbeitskräfte für andere Zwecke verwendet oder die Arbeitszeit verkürzt werden. Die „überschüssigen“ Arbeitskräfte können z.B. zur Entwicklung von neuen Produkten, die das Leben angenehmer machen, also den Wohlstand steigern, eingesetzt werden oder zur Entwicklung von neuen Fertigungsverfahren, die dazu führen, dass mit immer weniger Aufwand an Arbeitskräften die gewünschten Güter erzeugt werden können. Dadurch steigt kontinuierlich der Lebensstandard für alle, wenn es sich um eine solidarische Gesellschaft handelt.

Die „überschüssigen“ Arbeitskräfte können aber auch zur Rationalisierung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen verwendet werden, um so die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu erhalten.

Zusätzlich werden von den Bewohnern einer entwickelten Gesellschaft Abgaben entrichtet, damit Dienste von allgemeinem Interesse erbracht werden können (z. B. Bildung, Bau- und Unterhaltung von Verkehrswegen und zentralen Versorgungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung, innere und äußere Sicherheit, Verwaltung, Justiz, usw.).

In einer Gesellschaft, die nicht nach solidarischen Prinzipien funktioniert, sondern z.B. nach kapitalistischen „Regeln“ wie bei uns, werden die geschaffenen Güter nicht in gleicher Weise verteilt, sondern in **ungleicher** Weise. Das heißt: Ein Teil der beteiligten Menschen bekommen nur soviel wie sie zum Überleben dringend benötigen, in der globalisierten Wirtschaft oft nicht einmal das, andere bekommen dafür um so mehr. Die Verteilung der geschaffenen Güter soll in unserer Gesellschaftsform nach der Höhe der erbrachten Leistungen bzw. nach der Produktivität der Arbeitskräfte erfolgen. Für die Bewertung der Produktivität und damit der erbrachten Leistungen, gibt es aber kein „Messinstrument“. Aus diesem Grund gibt es sehr unterschiedliche Resultate. In der Schweiz werden z.B. die Krankenschwestern und Pfleger höher bezahlt als Industriefacharbeiter, in Deutschland ist es umgekehrt, was mit Sicherheit nicht an der Produktivität liegt.

Besonders schwierig bzw. unmöglich ist es, die „Leistung des Geld-Kapitals“ bei der Schaffung der Güter zu bestimmen. Wie schon weiter oben dargestellt, erbringt das Geld-Kapital überhaupt keine Leistung, es ermöglicht nur den Einsatz der PF, wodurch eine Wertschöpfung entstehen kann.

Tatsächlich entspricht die Verteilung der geschaffenen Güter vor allem der Einfluss- und Machtverteilung.

In den realen Gesellschaften werden nicht die geschaffenen Güter unter den Beteiligten verteilt, sondern die Beteiligten werden mit „Wertgutscheinen“ - also Geld - entlohnt, mit denen man nach eigenen Bedürfnissen von den geschaffenen Gütern „seinen Anteil“, entsprechend seiner Kaufkraft, kaufen kann.

Die Verteilung der Kaufkraft ist, wie wir wissen, sehr unterschiedlich. In Deutschland beträgt das durchschnittliche Bruttoeinkommen etwa 30 000 € pro Jahr. 12 % der Beschäftigten

erhalten weniger als die Hälfte dieses Betrages. Andere erhalten sehr viel mehr, Herr Ackermann von der Deutschen Bank z.B. bekommt 11 Millionen € jedes Jahr, das ist 366mal mehr als das Durchschnittseinkommen.

Die Unterschiede in der Entlohnung führen dazu, dass etwa die unteren 40 % der Beschäftigten ihre ganze Kaufkraft für den Konsum benötigen, sie sind nicht in der Lage zu sparen. Die etwas besser Verdienenden bilden kleinere Rücklagen, sie verzichten also vorläufig auf einen Teil der ihnen zustehenden Konsumgüter, Herr Ackermann und andere super gut Bezahlten und diejenigen, die schon ein großes Vermögen haben, sparen einen sehr großen Teil ihres Einkommens und erhalten so einen großen Teil der laufend geschaffenen Güter.

Bei der Verteilung der gesamten Wertschöpfung werden nicht nur die Arbeitskräfte „entlohnt“, es wird davon auch der Zins für das geliehene Geld und der Gewinn für das eingesetzte Eigenkapital und die Belohnung für das eingegangene Unternehmerrisiko beglichen. Diese Gewinn- und Zinszahlungen gehen zwangsläufig zu Lasten der Entlohnung der PF Arbeit und führen zu einer Öffnung der Einkommensschere, wenn die Vermögen nicht auf alle Arbeitskräfte verteilt sind.

3. Erläuterungen zur Entstehung von Realkapital und Geldvermögen

a) Wie aus den Produktionsfaktoren Realkapital entsteht

In der Grafik 1 werden die allgemein gültigen Abläufe bei der Erzeugung von Konsumgütern und bei der Entstehung des Realkapitals dargestellt. Dabei sind zum leichteren Verständnis die Unternehmen in die Konsumgüterbranche und in die Investitionsgüterbranche unterteilt. Dieser Unterteilung entsprechend werden die Haushalte gruppiert in Haushalte die ihre Leistungen den Betrieben der Konsumgüterbranche und in Haushalte die ihre Leistungen den Betrieben der Investitionsgüterbranche zur Verfügung stellen.

Der zweite PF, die natürlichen Ressourcen, werden der Natur mit Hilfe des PF Arbeit (und der zuvor aus den PF entstandenen Realkapitalien) entnommen. Für die aus der Natur entnommenen natürlichen Ressourcen erfolgt keine „Entlohnung“ der Natur. Bei oberflächennahen Rohstoffentnahmen wird lediglich dem bisherigen Grundstückbesitzer, also einem Haushalt, das Grundstück abgekauft und in manchen Fällen werden vom Staat Konzessionsgebühren erhoben. In der Graphik gibt es daher keinen Mittelfluss von den Unternehmen zur Natur.

Um die Graphik nicht zu komplex zu machen, sind das individuelle Sparen der Haushalte, das „kollektive“ Sparen über die Steuern und die Bezahlung von möglichen Konzessionsgebühren nicht dargestellt.

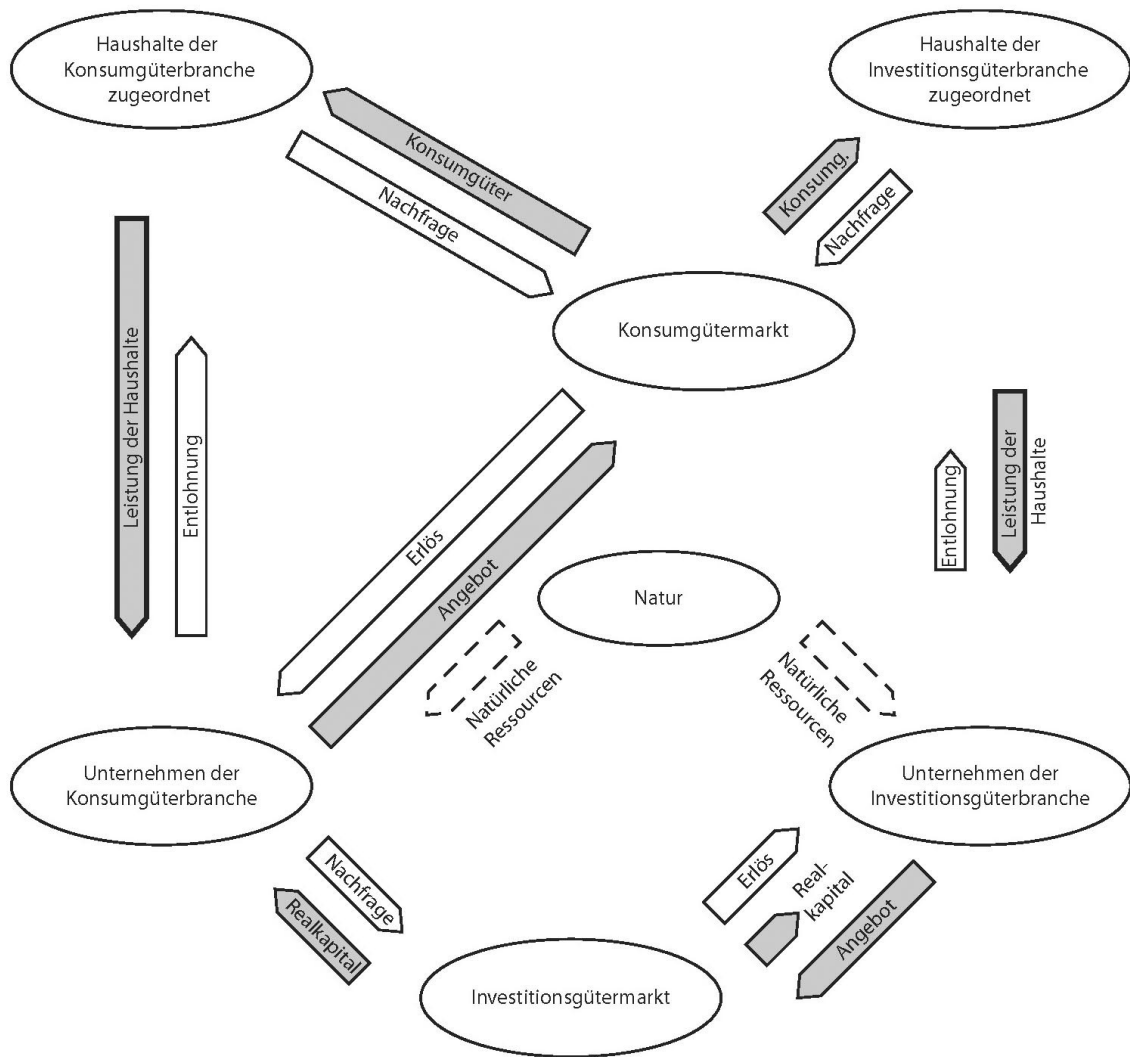
Die Haushalte stellen den Unternehmen ihre verschiedenen Arbeitsleistungen und Geld-Kapital zur Verfügung.

In der Grafik 1 leisten die Haushalte für die Unternehmen der Konsumgüterbranche 70 Einheiten und werden entsprechend dem Wert von 50 Einheiten entlohnt. Die anderen Haushalte leisten 30 Einheiten für die Unternehmen der Investitionsgüterbranche und werden entsprechend dem Wert von 20 Einheiten entlohnt. Die gesamte Entlohnung der Haushalte entspricht 70 Einheiten, mit der sie die gesamte Leistung der Konsumgüterbranche kaufen. Damit wird der Konsumgütermarkt geräumt und die Unternehmen der Konsumgüterbranche haben gegenüber ihren Ausgaben einen Mehrerlös von 20 Einheiten. Für diesen Mehrerlös können sie bei den Betrieben der Investitionsgüterbranche Einrichtungen kaufen, es entsteht zusätzliches Realkapital. Da die Unternehmen der Investitionsgüterbranche aber eine

Gesamtkapazität von 30 Einheiten haben, können diese zusätzlich Einrichtungen im Wert von 10 Einheiten für sich selbst produzieren. Beide Unternehmensgruppen zusammen steigern also ihr Vermögen in Form von Realkapital um 30 Einheiten, (abzüglich der Wertminderung des bestehenden, sich im Einsatz befindlichen Realkapitals).

Grafik 1

Aus den Leistungen der Produktionsfaktoren (PF)
entstehen Konsumgüter und (Real)-Kapital



Man könnte nun argumentieren, dass dieses Modell keinen Bezug zur Realität hat, weil es nicht üblich ist, dass Kapitalgeber und Unternehmer nichts sparen. Diese Vereinfachung wird in der Grafik 2 aufgehoben.

b) Die Entstehung des Geldvermögens

In der Grafik 2 wird dargestellt wie das Geldvermögen entsteht. Zur Vereinfachung wurden in dieser Grafik jeweils alle Haushalte und alle Unternehmen zusammengefasst und im Unterschied zur Grafik 1 geben die Haushalte nicht ihr gesamtes Einkommen für Konsumgüter aus, sondern sie sparen einen Teil, was auch der Realität entspricht.

Die Grafik 2 zeigt den Verlauf in einem Zyklus, dessen Länge nicht definiert ist. Wie in der Grafik 1 erbringen die Haushalte in einem Zyklus eine Leistung von 100 Einheiten und werden entsprechend von 70 Einheiten entlohnt. Von der Entlohnung sparen sie 15 Einheiten und kaufen auf dem Konsumgütermarkt Waren und Dienstleistungen in Höhe von 55 Einheiten. Die übrigen Leistungen werden zur Erzeugung von Realkapital verwendet. 30 Einheiten entstehen dadurch, dass die Leistung der Haushalte höher ist als ihre Entlohnung, weitere 15 Einheiten werden mit den Ersparnissen der Haushalte finanziert. Davon werden 10 Einheiten den Unternehmen als Kredit und weitere 5 Einheiten als Eigenkapital zur Verfügung gestellt.

Im Verlauf von einem Zyklus werden die Konsumgüter und Konsumdienstleistungen verbraucht, während das geschaffene Netto-Realkapital und die Ersparnisse als Bestände erhalten bleiben. Sie vermehren sich von Zyklus zu Zyklus.

Zur Vereinfachung wird angenommen, dass der erste Zyklus nach einer Währungsreform abläuft, bei der die Haushalte ein Startkapital von X Einheiten erhielten und die Unternehmen die Menge von Y Einheiten, so dass der Einsatz der PF in Gang kommt und die oben dargestellte Produktion von Konsumgütern und Realkapital entstehen kann.

Nach dem ersten Zyklus haben die Haushalte ein Vermögen von $X + 15$ und die Unternehmen ein Realkapitalbestand von $Y + 45$, davon 35 auf Eigenkapitalbasis und 10 auf der Basis von Fremdkapital.

Von Zyklus zu Zyklus erhöhen sich diese Bestände, weil ja die Leistungen immer wieder aufs Neue erbracht werden, die Konsumgüter dagegen werden aufgebraucht. (Dass ein Teil der Konsumgüter weit über einen Zyklus hinaus benutzbar ist und damit auch bei konstanter Güterproduktion zu einer Wohlstandssteigerung führt, soll hier nicht näher beleuchtet werden.)

Durch den Akkumulationsprozess beim Geld- und Realkapitalvermögen ergibt sich in diesem Modell z.B. nach dem sechsten Zyklus ein Geldguthaben von $X + 90$ Einheiten bei den Haushalten und ein Realkapitalbestand von $Y + 210$ (auf Eigenkapitalbasis) + 60 (auf Fremdkapitalbasis) bei den Unternehmen. (In Wirklichkeit ist dieser Prozess nicht statisch; mehr dazu im Teil II Abschnitt 1)

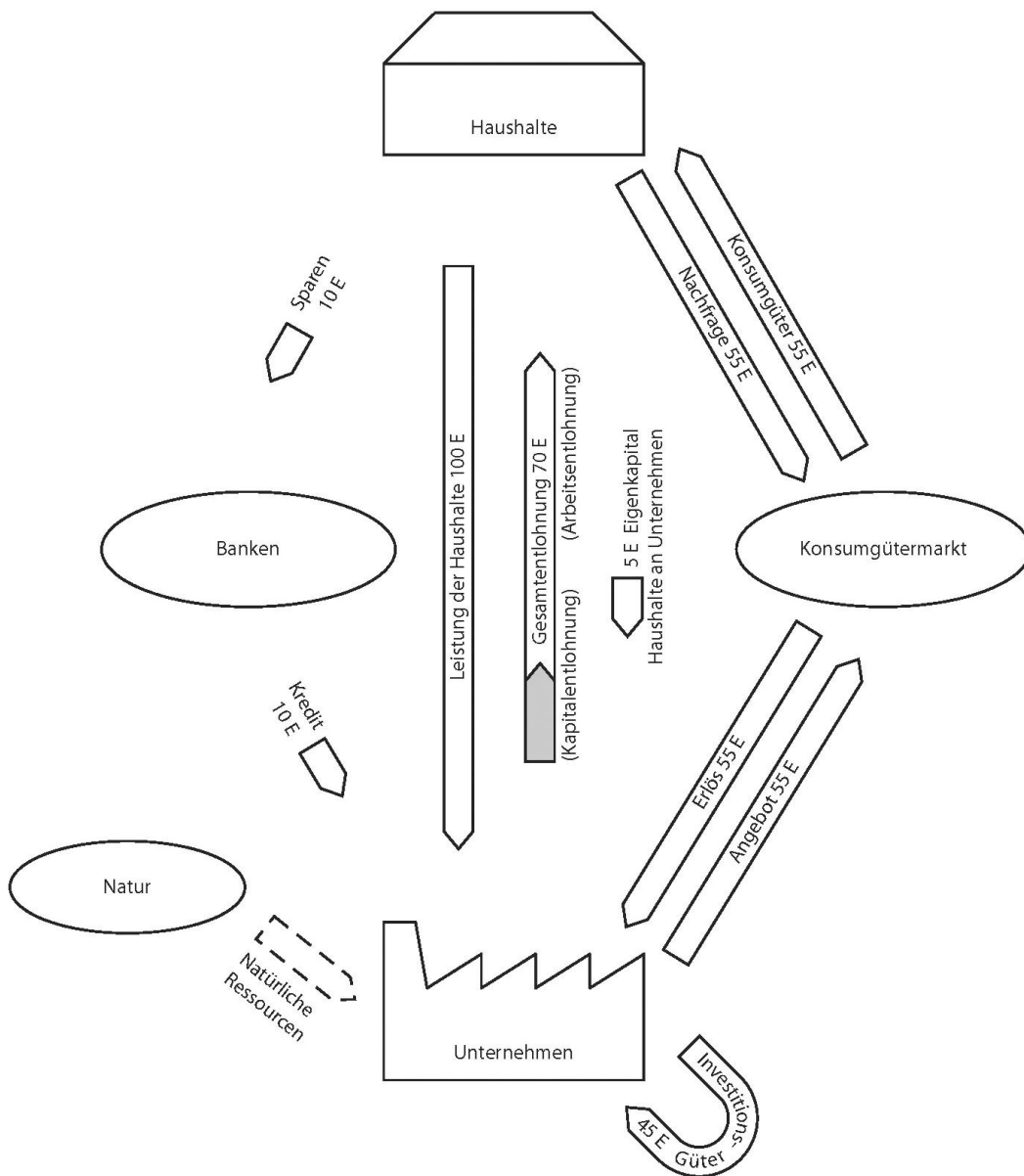
Interessant ist, dass in diesem Modell bis jetzt noch kein zusätzliches Geld in den Umlauf gebracht werden musste. Dies wird erst erforderlich, wenn Realkapital verkauft wird, dann muss der Käufer bei der Bank einen Kredit aufnehmen, den die Bank aus dem Nichts schöpfen kann. Ein ähnlicher Vorgang entsteht, wenn ein Haushalt das angesparte Vermögen z.B. für den Bau eines Eigenheimes verwenden will und den Kredit zurück fordert. In diesem Fall muss die Bank dem Unternehmen ebenfalls einen aus dem Nichts geschöpften Kredit geben. In beiden Fällen gibt es keine andere Möglichkeit, da die Bank keine Spareinlagen zurück gehalten hat. Die Kreditschöpfung, also die Ausgabe von zusätzlichem Buchgeld, stellt in diesen Fällen kein Problem dar, da ja diesem Kredit zusätzlich geschaffene Werte gegenüber stehen.

Die Aussage, dass die Banken mehr Kredite vergeben können als sie Kundeneinlagen haben, stößt bei den meisten Menschen auf große Zweifel. Mit einem Zitat aus dem Buch „Die

Wachstumsspirale“ von H.C. Binswanger möchte ich diese Zweifel abbauen: „Der Geldstrom vergrößert sich durch die Kredit- und Geldschöpfung der Banken, die vor allem im Zusammengang mit der Gewährung von Investitionskrediten entsteht.“

Grafik 2

Aus den Leistungen der Produktionsfaktoren (PF) entstehen Konsumgüter, (Real)-Kapital und Geldvermögen



Mit Hilfe dieser beiden Modelle ergeben sich zwei Erkenntnisse:

1. Gewinne und Vermögen können entstehen ohne dass zuvor zusätzliches Geld in den Umlauf gebracht wurde. Die Erwirtschaftung von Gewinnen und die Auszahlung von Zinsen führen aber zu einer Geld-Kapitalvermehrung, wenn sie nicht für Konsum verwendet werden.
2. Die Schaffung von Geld- und Realkapitalvermögen sind die Basis für eine gesunde Kreditschöpfung.

Drei weitere Erkenntnisse können daraus abgeleitet werden:

1. Die Motoren für Wachstum sind der Drang der Menschen etwas besser, bequemer, schöner zu machen, das Gewinnstreben der Unternehmer bzw der Kapitalgeber und der Konkurrenzdruck. (Mehr dazu im Teil II) Die Zinszahlung geht zu Lasten des Gewinns der Unternehmen (*Schumpeter nennt den Zins eine Steuer auf den Gewinn*) oder zu Lasten der Entlohnung des PF Arbeit. In der Realität ist jedoch eher letzteres der Fall. Da dies aber gesellschaftspolitische Sprengkraft beinhaltet, wird zur Kompensation verstärktes Wachstum angestrebt. Der Zins und der (meist noch höhere) Gewinn wirken so als Wachstumsverstärker.
2. Theoretisch kann sich ein Wachstum (des Wohlstandes) bei konstantem Geldumlauf einstellen. Das setzt jedoch voraus, dass Produkte, die immer rationeller hergestellt werden können, im Preis sinken und die Haushalte dadurch Einkommen für den Kauf weiterer Produkte zur Verfügung haben. (In der Realität kommt dies jedoch selten vor.)
3. Bei steigendem Investitionsaufwand pro Arbeitsplatz, was der Realität entspricht, verschiebt sich das Verhältnis von Arbeitsentlohnung und Kapital-, „Entlohnung“ zu Lasten der Arbeitsentlohnung. Wenn dann auch noch die Rohstoff- und Energiepreise steigen und durch die grenzenlose Globalisierung das Angebot an gering entlohnten Arbeitskräften stark ansteigt, dann gerät die Entlohnung der Arbeit dreifach unter Druck. Die Folge ist eine sinkende Lohnquote. Ohne politische Korrekturmaßnahmen führt dies trotz steigender Produktivität zu einer Stagnation oder sogar zu einem Rückgang des Wohlstandes für die Arbeitskräfte, die kein oder nur ein geringes Vermögen besitzen. Genau in dieser Situation befinden wir uns seit etwa 10 – 15 Jahren

Teil II: Die Abläufe in 3 unterschiedlichen Situationen der Volkswirtschaft

1. Voraussetzungen für (gewolltes) „Null-Wachstum“

Aus dem Abschnitt „Erläuterungen zur Entstehung von Realkapital und Geldvermögen“ sind die Bedingungen für ein „Null-Wachstum“ leicht abzuleiten.

Es entsteht ein reales Wachstum, wenn die Investitionen zur Rationalisierung des Arbeitseinsatzes genutzt werden. Dadurch werden bei gleichem Einsatz an Arbeitskräften und konstanter Arbeitszeit immer mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt. Das heißt, es steigen von Periode zu Periode die realen Einkommen der Haushalte und der Unternehmen im Verhältnis der gestiegenen Arbeitsproduktivität. Das bedeutet aber auch eine entsprechende Zunahme des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen.

Je nach Verwendung der (zusätzlichen) Wertschöpfung für Konsumgüter oder für Investitionen ergibt sich eine unterschiedliche **Dynamik des Wachstums**. Das Wachstum ist schwächer, wenn von der Wertschöpfung mehr für den Konsum verwendet wird und es ist

stärker, wenn mehr für die Schaffung von Realkapital eingesetzt wird; allerdings ist dann auch die (momentane) Zunahme des Wohlstandes der Haushalte geringer. Wenn die Zunahme an Realkapital sich im Besitz der Unternehmen und weniger Kapitalbesitzer konzentriert, führt dies zu einer Öffnung der Verteilungsschere zwischen Vermögenden und Arbeitskräften ohne Vermögen oder mit geringem Vermögen. Höheres Wachstum mit geringerer Öffnung der Einkommensschere kann dann erreicht werden, wenn alle Haushalte eine höhere Entlohnung erhalten und davon einen Teil sparen und für Investitionen zur Verfügung stellen.

Wenn unter den Bedingungen steigender Arbeitsproduktivität ein echtes „Null-Wachstum“ der Wertschöpfung erreicht werden soll (bei konstanter Bevölkerung im Erwerbsalter), dann ist dies nur mit gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung möglich, die den Zuwachs der Arbeitsproduktivität ausgleicht.

In diesem Fall bleiben die real-verfügbaren Mittel der Haushalte für den Konsum und für das Sparen konstant. Damit dies für **alle** Haushalte zutrifft, müssen auch die Gewinne und die Einnahmen aus Zinsen konstant bleiben. Das bedeutet aber eine sinkende prozentuale Rendite des Vermögens, da ja das Vermögen weiter steigt, der Gewinn aber konstant bleibt. In der Theorie der Volkswirtschaftslehre wird dies als ein Problem dargestellt, weil dann die Unternehmen und die Kapitalbesitzer eventuell eine andere Form der Kapitalanlage suchen würden. Dies kann jedoch nur dann der Fall sein, wenn sie die Möglichkeit haben, mit spekulativen Geldanlagen mehr „Geld zu verdienen“, besser gesagt, eine für sie lukrativere Umverteilung zu erreichen, denn **jede Spekulation führt nur zu einer anderen Umverteilung, eine zusätzliche Wertschöpfung und damit zusätzlicher Wohlstand entsteht dabei nicht.**

Wenn die für Investitionen verfügbaren Mittel nicht zur Arbeitsrationalisierung sondern zur Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs verwendet werden, dann stellt sich ohne Arbeitszeitverkürzung das gleiche Einkommensresultat ein, wie im oben dargestellten Fall bei Arbeitsrationalisierung mit Arbeitszeitverkürzung.

Der technische Fortschritt wird dann ganz zur Erzielung der Zukunftsfähigkeit und damit zur Verbesserung der Chancengleichheit für die zukünftigen Generationen verwendet.

In der Realität wird sich ein Stadium zwischen diesen beiden Extremen einstellen, da immer auch Ideen zur Arbeitsrationalisierung entstehen, die dann auch verwirklicht werden, wenn sie rentabel sind und die personellen und technischen Kapazitäten dafür zur Verfügung stehen.

Zusammenfassung:

Aus diesen Ausführungen wird ersichtlich, dass die Marktwirtschaft nicht prinzipiell zum Wachsen „verdammt“ ist. Es ist aber unumgänglich, dass die Politik stabilisierende Korrekturen vornimmt.

In der aktuellen Situation sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Investitionen vor allem zur **Rationalisierung des Einsatzes der natürlichen Ressourcen verwendet werden** und die **Möglichkeiten zur spekulativen Anlage von Geld-Kapital unterbunden werden.**

2. Die Vorgänge bei forciert wachsender Volkswirtschaft

Die nahezu grenzenlos globalisierte Weltwirtschaft führt zu einer erheblichen **Steigerung des Konkurrenzdrucks**, insbesondere durch die Integration der Niedriglohnländer in den weltweiten Markt. Dadurch sind die Unternehmen in den Industriestaaten in verstärktem Maße gezwungen, ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Dazu gibt es 10 Hauptstrategien:

1. Verstärkte Arbeitsrationalisierung
2. Arbeitsplatzverlagerungen in Niedriglohnländer
3. Zukäufe von Vorprodukten aus Niedriglohnländern
4. Entwicklung neuer Produkte mit Konkurrenzvorteilen
5. Entwicklung neuer Produkte zur Weckung neuer Bedürfnisse bei den Konsumenten
6. Senkung der Löhne
7. Senkung der Sozialleistungen
8. Senkung der Unternehmenssteuern
9. Firmenzusammenschlüsse
10. Aggressive Vermarktungsstrategien

Aktuell kommt eine Kombination aus allen 10 Maßnahmen zum Tragen.

Die meisten Maßnahmen erfordern zusätzliche Investitionen und die dazu erforderlichen Finanzierungsquellen. Neben den „klassischen“ Finanzierungen wie Abschreibungen und Gewinne, sowie Kredite und die Ausgabe von Wertpapieren, die mit Spargeldern der Haushalte finanziert werden, können die Banken, mit Unterstützung der Notenbank, den Investoren zusätzliche Finanzmittel durch die **Schöpfung von Geld-Kapital aus dem Nichts** zur Verfügung stellen.

Letzteres bedeutet eine Ausweitung des Geldvolumens. Dies verläuft dann ohne Probleme, wenn, wie im Abschnitt I3b dargestellt, schon zusätzliche Werte geschaffen wurden oder wenn mit diesen Krediten zeitnah zusätzliche Werte entstehen. In Boom-Phasen ist dies oft nicht der Fall, was zu einer Destabilisierung des Wirtschaftssystems führt und meistens in einem Crash endet. In den letzten Jahren hatten wir die stärkste Ausweitung des Geldvolumens aller Zeiten; ob in entsprechendem Maße wirklich zusätzliche Werte geschaffen wurden, ist zu bezweifeln. Die nächste Krise ist damit vorprogrammiert.

Ein weiterer Nachteil der forcierten, globalisierten Wachstumswirtschaft sind Anpassungsverluste. Wenn sich z.B. ein Unternehmen wegen der verschärften Konkurrenz zu neuen Ersatzinvestitionen oder Produktionsverlagerungen gezwungen sieht, auch wenn die bisherige Investition noch nicht amortisiert ist, dann ist dies ein typischer Anpassungsverlust. Anpassungsverluste führen zu Wohlstandsverlusten, da ein geschaffener Wert nicht voll genutzt wurde.

Andere Auswirkungen der forciert wachsenden Wirtschaft sind der stark steigende Verbrauch an natürlichen Ressourcen, vor allem der Energie und den damit verbundenen steigenden Abfallmengen und Emissionen. Die Auswirkungen sind eine beschleunigte zukünftige Verknappung der natürlichen Ressourcen, insbesondere der Energieressourcen und die Verschärfung der Gefahren durch den Klimawandel.

Ein weiterer Nachteil der Globalisierung ist die Ausbreitung der nicht zukunftsfähigen Wirtschaftsweise in die gesamte Welt und dem damit verbundenen Wettlauf um die Rohstoffreserven. Daraus resultiert die weltweite Aufrüstung zur militärischen Absicherung der Rohstoffversorgung und die dadurch entstehenden Kriege - oft verbunden mit politisch motiviertem Terror.

Kriege um die Rohstoffreserven und der Klimawandel sind die größte Bedrohung für die Menschheit, sie haben den gleichen Ursprung, nämlich der exzessive Verbrauch an natürlichen Ressourcen.

Die Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise ist daher mit höchster Priorität einzuleiten.

3. Die Wirtschaft im ökologischen Umbauprozess

In der aktuellen Situation ist die Politik gefordert, die ökonomischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Wirtschaft und die Konsumenten schon jetzt mit der Ökologisierung der Wirtschaftsweise beginnen, obwohl die Verknappung der natürlichen Ressourcen noch nicht akut ist und der Klimawandel - zumindest in den Industriezentren – noch keine unmittelbare Bedrohung darstellt. Da die Wirtschaft keine „Sprünge“ machen kann (sie kann nicht in ihrer Gesamtheit innerhalb kurzer Zeit verändert werden), müssen rechtzeitig Veränderungen eingeleitet werden, um **den Übergang zu schaffen bevor es zu spät ist**. Wenn zu spät mit der Umstellung begonnen wird, entstehen hohe Umstellungsverluste, weil dann Anlagen und Konsumgüter vorzeitig verschrottet werden müssen. Bei einem durch die äußeren Umstände erzwungenen, sehr schnellen Umbau der Wirtschaftsweise wäre auch mit einer Verknappung der Fachkräfte zu rechnen und mit einer vorübergehenden Rohstoff- und Energieverbrauchssteigerung, was zu vorgezogenen Versorgungsengpässen führen kann. Dies hätte Preissteigerungen zur Folge, die vor allem die unteren sozialen Schichten und die RentnerInnen treffen würde. **Der sofortige Beginn des ökologischen Umbaus ist daher auch aus sozialen Gründen dringend erforderlich.**

Ob der Umbau jetzt noch ohne solche Verluste gelingen kann, ist keinesfalls sicher.

Im ökologischen Umbauprozess müssen die Unternehmen verstärkt in neue Produkte und Verfahren investieren, die mittelfristig zu einer Reduzierung des Energie- und Rohstoffverbrauchs führen, und zwar bei der Herstellung und bei der Nutzung. Aber auch Haushalte müssen sich umstellen und energiesparende Investitionen tätigen. Durch den Zwang zur Rationalisierung des Ressourcenverbrauchs können auch ganz neue Dienstleistungen und Branchen entstehen, z.B. bei der Instandhaltung und Reparatur von Geräten und bei Recyclingverfahren.

Die zusätzlichen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftsweise steigern die Investitionen pro Arbeitsplatz. Bei sonst gleichen Bedingungen würde das zu einer Umverteilung des Volkseinkommens zu Gunsten der Vermögenden und zu Lasten der Arbeitsentlohnung führen. Die Politik zur Erzielung der Zukunftsfähigkeit muss deshalb auch Maßnahmen zur Stabilisierung der Lohneinkommen und zur Begrenzung der Kapitaleinkommen beinhalten. Hierfür sind denkbar:

1. Breite Streuung des Vermögens auf die gesamte Bevölkerung. Heute sind 59 % des Vermögens in den Händen von 10 % der Bevölkerung und 40 % der Bevölkerung haben gar kein Vermögen, weitere 20 % nur ein sehr geringes.
2. Sinkende Kapitalrendite (das heißt, sinkende Gewinne aus Eigenkapital und sinkende Zinsen für Kapitalanlagen) oder ihre steuerliche Abschöpfung
3. Verstärkte Finanzierung von Investitionen über Steuern, die vor allem aus Kapitaleinkommen zu erheben sind.

(Mehr dazu im Aufsatz „Die Ökonomie neu denken“ F. Groll)

Zur Absicherung des Lohnniveaus sind ebenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die Einführung eines Mindestlohnes ist hierfür eine Möglichkeit.

Wenn die **Ökologisierung der Wirtschaft in einer Zeit mit Arbeitslosigkeit** und ausreichender Versorgung mit Fachkräften stattfindet, dann führt die Umstellung nicht zu Wohlstandsverlusten, weil dann die neuen, ressourcensparenden Produkte und Verfahren zusätzlich zu den direkt wohlstandsmehrenden Investitionen, also solche, die das Leben angenehmer machen oder die den Arbeitsaufwand reduzieren, getätigt werden können. Ressourcensparende Investitionen dagegen sind indirekt wirksame, **wohlstandssichernde Investitionen**, weil sie uns vor Ressourcenknappheit und einem extremen Klimawandel bewahren.

Ein zusätzlicher Effekt dieser Politik ist, dass dann auch diejenigen am Wohlstand teilhaben können, die dann Arbeit finden.

Ein Finanzierungsengpass ist nicht zu erwarten, da die Finanzmärkte wegen der hohen Gewinne und der privaten Altersvorsorge hoch liquide sind. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb die Wirtschaft die Privatisierung staatlicher Dienste fordert. Sie sucht Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Es gibt also genug Kapital für die notwendigen ökologischen Investitionen und bei Bedarf bleibt die Möglichkeit der Kreditschöpfung. Diese muss dann allerdings sehr behutsam zur Anwendung kommen, da es sonst zu inflationären Tendenzen kommen kann, denn durch die Investitionen für den ökologischen Umbau kommen erst mit größerer Verzögerung neue Produkte auf den Markt und viele Investitionen führen überhaupt nicht zu einem höheren Angebot. Dazu zählen z.B. Investitionen zur Prozesswärmerückgewinnung in der Produktion oder zur Fabrikgebäudeisolierung; sie erhöhen vorübergehend die Kapitalkosten die sich erst über eine längere Zeit durch Energiekosteneinsparungen amortisieren. Solche Investitionen erhöhen zwar das BIP, steigern aber nicht den Wohlstand, sie verhindern „nur“ den Wohlstandsverlust in der Zukunft.

Wenn der ökologische Umbau in einer Phase **ohne Arbeitskräfteüberschuss** erfolgt, ist dies zumindest vorübergehend **mit Wohlstandsverlust verbunden**, denn die dafür erforderlichen Arbeitskräfte fehlen dann zur Aufrechterhaltung der Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen. In dieser Situation können auch keine zusätzlichen Kredite von den Banken geschöpft werden, weil das zu einer zusätzlichen Nachfrage an Arbeitskräften führen würde, die nicht befriedigt werden könnte. Zusätzliche Investitionen für den ökologischen Umbau können dann nur durch zusätzliches Sparen (Konsumverzicht) finanziert werden.

Es ist damit zu rechnen, dass wir in etwa 15 Jahren in diese Situation kommen, wenn wegen der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter jährlich um 400 000 bis 600 000 abnimmt und die Zahl der Rentner von jetzt etwa 20 Millionen auf 27 Millionen zunimmt, was zusätzlich mit einer steigenden Nachfrage im Gesundheits- und Pflegebereich verbunden sein wird.

Um den ökologischen Umbau sofort und damit hoffentlich gerade noch rechtzeitig einzuleiten, sind verschiedene Arten von Maßnahmen erforderlich:

1. Ordnungspolitische Maßnahmen (Vorschriften)
2. Staatliche Forschungsprojekte und Fördermaßnahmen
3. Nationale marktwirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen
4. International wirksame Veränderungen

Ordnungspolitische Maßnahmen haben den Vorteil, dass sie schnell und zielgenau wirken. Sie sind aber nur begrenzt anwendbar und nur dort sinnvoll, wo ihre Einhaltung auch überwacht werden kann. Gute Beispiele sind verschärfende Vorschriften für die Gebäudeisolierung für neue Gebäude und schrittweise verschärfte Vorschriften für bestehende Gebäude, sowie Vorschriften über den zulässigen Verbrauch von Fahrzeugen.

Staatliche Forschungsprojekte und Fördermaßnahmen sind vor allem dort erforderlich, wo ein wirtschaftlicher Erfolg erst in der langen Frist zu erwarten oder nicht gesichert ist. Sie sind auch deshalb sehr nützlich, weil ihre Ergebnisse allen Interessenten offen stehen. So werden unnötige Kosten durch parallel geführte Forschungen vermieden, es ermöglicht auch kleineren Unternehmen die Anwendung neuer, ökologischer Technologien und es senkt die Investitionskosten bei den Unternehmen.

Nationale ökologische Lenkungsmaßnahmen sind erforderlich, um die Marktkräfte für den ökologischen Umbau zu nutzen. Es werden zwar die steigenden Öl- und Gaspreise beklagt,

sie führen aber noch nicht zu einer nennenswerten Veränderung in den Produktionsabläufen und im Verbraucherverhalten. Die gestiegenen Preise widerspiegeln auch bei weitem noch nicht ihre längerfristige Knappheit und sie beinhalten vor allem nicht die durch ihre Nutzung entstehenden sekundären Kosten aufgrund des Klimawandels.

Viele Fehlentwicklungen der letzten Jahre müssen dort, wo Vorschriften nicht sinnvoll sind, durch marktkonforme Mittel korrigiert werden, vor allem um das Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Typische Beispiele von Fehlentwicklungen sind: Just-in-time-Lieferungen statt Lagerhaltung und die Auslagerung von Fertigungslinien für Baugruppen und Teile; beides erhöht das Verkehrsaufkommen.

Geeignete Gegenmaßnahmen sind z.B.: Ausweitung und Erhöhung der LKW-Maut, Erhebung der Körperschaftssteuer umgekehrt-proportional gestaffelt zur Anzahl der Mitarbeiter, Erhebung der Sozialbeiträge der Unternehmen nach der Wertschöpfung, an Stelle der Erhebung nach der Lohnsumme.

Darüber hinaus ist der Verbrauch von natürlichen Ressourcen mit Nutzungsabgaben zu belegen. Die daraus resultierenden Einnahmen sind so zu verwenden, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft sozial verträglich gestaltet wird. (Mehr dazu im Aufsatz „Die Ökonomie neu denken“ F.Groll)

Eine **Verbindung der Vorteile ordnungspolitischer Maßnahmen mit den Vorteilen von marktwirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen** wird mit der von Prof. H.P. Aubauer aus Wien vorgeschlagenen **Ausgabe von Ressourcenzertifikaten** oder der von David Flemming konzipierten Ausgabe von **Energiezertifikaten** an alle Bewohner eines Staates erreicht. Diese Methoden sind sehr effektiv, weil sie den Verbrauch an (Energie-)Ressourcen direkt begrenzen und schrittweise reduzieren. Sie sind gleichzeitig sehr soziale Methoden, weil sie ohne eine Preiserhöhung für die Energie auskommen und alle BürgerInnen die gleichen Nutzungsrechte bekommen. Wenn jemand meint, mehr Energie verbrauchen zu müssen, dann muss er das Recht dazu anderen, die weniger verbrauchen, abkaufen. (Zu diesem Thema wird ab Dezember ein weiterer Aufsatz von mir verfügbar sein.)

International wirksame Veränderungen hätten die größte Wirksamkeit, kommen aber mit großer Wahrscheinlichkeit zu spät, sie setzen eine völlig neue Denkweise in der EU – Administration und in den EU-Mitgliedstaaten, in den USA, in Japan, in den Schwellenländern und in der WTO voraus. Das ist aber für einen rechtzeitigen Wandel, im oben beschriebenen Sinne, nicht zu erwarten.

Erforderlich wäre, dass die grenzenlose Globalisierung durch die Schaffung regionaler, homogener Märkte abgelöst wird. Es ist ein Irrweg, die Menschen aller Kontinente in dasselbe Wirtschaftssystem, in einen einheitlichen Markt und damit in einen einheitlichen Arbeitsrhythmus zu zwingen. Die gleichzeitige Anwendung neuer Materialien und neuer Technologien auf der ganzen Welt steigert auch in hohem Maße das Gefahrenpotential durch nicht erkannte gefährliche Nebenwirkungen, wie z.B. beim FCKW.

Diese Entwicklung ist auch deshalb falsch, weil sie die ganze Welt in unsere definitiv nicht zukunftsfähige Lebensweise führt!

Wir müssen unsere Wirtschaftsweise ändern und die Eigenständigkeit all der Kulturen stärken, die mit geringerem Ressourcenverbrauch auskommen.

Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Teilen I und II

1. Die primären Produktionsfaktoren, aus denen der Wohlstand entsteht, sind die Arbeit bzw. der Mensch mit all seinen unterschiedlichen Fähigkeiten und die Ressourcen der Erde. Geld-Kapital ist keine Voraussetzung für den Wohlstand, es kann aus dem Nichts geschöpft werden, so lange freie Arbeitskräfte verfügbar sind.
2. Das Realkapital entsteht aus dem Einsatz der PF, es wird zur Steigerung der Produktivität der PF verwendet. Bei der Verwendung des Realkapitals zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird der heutige Wohlstand gemehrt, bei seiner Verwendung zur Steigerung der Ressourcenproduktivität wird der Wohlstand erhalten.
3. Die Zahlung von Zinsen und die Einbehaltung von Gewinn gehen zwangsläufig zu Lasten der Entlohnung des PF Arbeit. Über die Verwendung der geschaffenen Güter wird die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich beeinflusst und mit ihrer Verteilung wird über die Teilhabe aller Menschen am steigenden Wohlstand entschieden.
4. Gewinne und Vermögen können entstehen, ohne dass zuvor zusätzliches Geld in den Umlauf gebracht wurde. Die Erwirtschaftung von Gewinnen und die Auszahlung von Zinsen führen aber zu einer Geld-Kapitalvermehrung, wenn sie nicht für Konsum verwendet werden.
5. Die Schaffung von Geld- und Realkapitalvermögen sind die Basis für eine gesunde Kreditschöpfung.
6. Wachstum entsteht durch den Drang der Menschen etwas besser, bequemer, schöner zu machen, durch das Gewinnstreben der Unternehmer bzw der Kapitalgeber und durch den Konkurrenzdruck. Die Erhebung von Zins wirkt als Wachstumsverstärker.
7. Wirtschaftliches Wachstum ist keine zwingende Voraussetzung für ein marktwirtschaftliches System, wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind. Dabei sind drei Bedingungen von besonderer Wichtigkeit:
 - a) Es müssen homogene Märkte geschaffen werden, damit der natürliche Konkurrenzdruck nicht zusätzlich gesteigert wird und es dadurch zu Anpassungsverlusten und höherem Ressourcenverbrauch kommt.
 - b) Es müssen Anreize zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs gegeben werden.
 - c) Die Möglichkeiten der spekulativen Anlage von Geld-Kapital muss unterbunden werden, denn dies führt dazu, dass die Kapitalbesitzer bei sinkenden Gewinnen in der Realwirtschaft ihr Kapital für spekulative Anlagen verwenden. Dies führt zu Wohlstandsverlusten, denn **durch die Spekulation werden keine zusätzlichen Werte geschaffen** und sie führt zu einer Destabilisierung der Wirtschaft.
8. Die Einleitung der Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise ist aus fünf Gründen dringend erforderlich:
 - a) wegen der rasanten klimatischen Veränderungen
 - b) um Umstellungsverluste zu minimieren
 - c) aus sozialen Gründen
 - d) wegen der bevorstehenden Auswirkungen des demographischen Wandels
 - e) und nicht zuletzt zur Friedenssicherung.

Teil III Der Weg zur Zukunftsfähigkeit

1. Vertiefende und weiterführende Gedanken

Die Wirtschaft folgt nicht eigenen (Natur-) Gesetzen, sondern den Wünschen und Zielen der Menschen, bzw. der Menschen mit den entscheidenden Einflüssen auf die Wirtschaft. Die Wünsche und Ziele der Menschen sind aber sehr unterschiedlich. Aus einer Vielzahl von

Charakteren möchte ich 3 exemplarisch herausgreifen: Manche Menschen sind sehr genügsam und sozial, andere wollen das Leben genießen, wieder andere sind machthungrig, geldgierig und sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht.

Es ist einer der Hauptfehler der Wirtschaftswissenschaft, dass sie nur die Menschen der letzten Kategorie in ihre Überlegungen einbezieht, diesen „homo oeconomicus“ zum Normal-Menschen erklärt und so tut, als gäbe es nur diesen Typ von Menschen. Die Menschen der anderen Kategorien haben in der Wirtschaftswissenschaft keinen Platz.

Die Wirtschaftswissenschaft dient nur diesem einen Menschentyp.

Eigentlich müsste die Wirtschaftswissenschaft allen Menschen dienen und wissenschaftlich ergründen, wie alle Menschen, oder zumindest alle Menschen eines Kulturkreises, für den eine bestimmte Wirtschaftsordnung erdacht wird, zum höchstmöglichen Wohlstand gelangen und wie dieser Wohlstand für die Zukunft gesichert werden kann.

Warum tut sie das nicht? Es ist wohl die Folge der Einflussnahme der Geld- und Machtgierigen, die es verstehen, den größten Teil der Wirtschaftswissenschaft, die meisten Politiker und den überwiegenden Teil der Medien für ihre Ziele einzuspannen.

Aufgrund der Machtverhältnisse wird es daher sehr schwer werden, die dringend erforderlichen Veränderungen zu erzielen, mit der wir eine solidarische, zukunftsfähige und menschenwürdige Gesellschaft werden, in der alle Menschen, auch die kommenden Generationen, in Wohlstand und im Einklang mit der Natur leben können.

Dies erfordert ein grundlegend neues Denken!

Der erste Schritt ist, dass wir uns darüber klar werden, dass für die Förderung und die Erhaltung des Wohlstandes nicht steigendes Geldvermögen erforderlich ist, sondern die Verfügbarkeit bestausgebildeter Menschen und der Erhalt der Natur mit allen ihren Ressourcen. Es ist daher ein fundamentaler Fehler zu glauben, mehr Wohlstand wäre von steigenden Gewinnen und möglichst niedrigen Steuern für Unternehmen und Besizende abhängig.

Nein, unser Wohlstand und der Wohlstand künftiger Generationen, ist davon abhängig, dass wir es schaffen, alle verfügbaren Arbeitskräfte nutzbringend einzusetzen und sie nicht zur Untätigkeit zu verdammen; Jugendliche und Erwachsene müssen die Chance für eine bestmögliche Aus- und Fortbildung erhalten und die Natur muss in ihrer Vielfältigkeit und Regenerationsfähigkeit erhalten werden.

Dazu müssen von den PolitikerInnen, in Vertretung für die gesamte Gesellschaft, die Rahmenbedingungen (Gesetze) so erlassen werden, dass der Einsatz der PF der Erreichung der oben genannten Ziele dient.

Davon sind wir heute weit entfernt.

Der zweite Schritt ist die Erkenntnis, dass die Spekulation mit Geld und geldähnlichen „Papieren“ nicht der Schaffung von Werten dient, sondern mit ihr nur die geschaffenen Werte anders verteilt werden und die Wirtschaft destabilisiert wird. **Es müssen daher alle Möglichkeiten zur Spekulation nicht nur erschwert, sondern unterbunden werden.** Das wird nicht leicht sein, denn unser Denken wurde in den letzten Jahrhunderten so einseitig geprägt, dass wir uns solche Veränderungen schon gar nicht mehr vorstellen können. Sie sind aber dringend **Not-wendig**, um Not zu verhindern.

Dies setzt voraus, dass die staatlichen Notenbanken die Hoheit über die Finanzmärkte wiedererlangen.

Ja - genau genommen sind dann „Geldmärkte“ gar nicht mehr erforderlich! Wozu auch? Wenn Geld nur noch für die Abwicklung von Warengeschäften oder zur Übertragung von

Eigentum (z.B. von Immobilien und Betrieben) benutzt wird und wenn Geld-Guthaben über die Banken an Kreditnehmer weitergereicht und nicht zu spekulativen Zwecken verwendet werden, dann brauchen wir tatsächlich keine Finanzmärkte im bisherigen Sinn.

Ich fordere alle Leserinnen und Leser dieses Aufsatzes auf, an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Vor allem bitte ich verantwortungsbewusste WirtschaftswissenschaftlerInnen und SoziologInnen sich vom derzeitigen neoliberalen Mehrheitsdenken zu lösen und unabhängig daran zu forschen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Dass es möglich ist, ist gar keine Frage, wir müssen es nur wollen.

Der dritte Schritt ist die Erkenntnis, dass **auf die Reichtümer dieser Erde alle Menschen, und zwar die heute lebenden und alle zukünftigen, in gleicher Weise ein Anrecht haben.** Wenn wir uns das verinnerlichen und danach handeln, dann ist es völlig überflüssig, mit Macht und Waffengewalt uns einen möglichst großen Teil der Ressourcen zu sichern, weil dann die Ressourcen nicht knapp werden. **Jede andere Strategie ist nicht zukunftsfähig und führt zwangsläufig zur Benachteiligung anderer!**

Nein – wir müssen nur menschenwürdig und im Einklang mit der Natur leben, dann ist für alle genug vorhanden. Wir brauchen keine militärische Aufrüstung, keine schnelle Eingreiftruppe der EU, keine Bevormundung anderer Völker und Kulturen; wir brauchen keine weltweite, grenzenlos-globalisierte Wirtschaft, sie verstärkt in erster Linie die Ausnutzung der sozial Schwächsten, ganz besonders der Menschen in den wirtschaftlich schwachen Ländern.

Und wenn wir aufhören zu glauben, dass unsere Freiheit am Hindukusch oder anderswo verteidigt wird, dann wird Terror auch wieder der Vergangenheit angehören.

Es grenzt an Wahnsinn zu glauben, Terror könne durch Krieg überwunden werden.

Wir brauchen ein neues Denken der Mehrheit der Menschen!

2. Umsetzungsstrategie

Meine Hoffnung für den Durchbruch und den Erfolg dieses Denkens liegt in einer ganz neuen „Koalition“ von Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer und religiöser Zugehörigkeit.

Als erstes hoffe ich auf genügend **verantwortungsbewusste WissenschaftlerInnen**, die die neuen theoretischen Grundlagen für eine zukunftsfähige Gesellschaft erarbeiten.

Dann hoffe ich auf viele **verantwortungsbewusste Journalistinnen und Journalisten**, die diese neuen Grundlagen über die Medien verbreiten und allen Menschen zugänglich machen.

Ich baue darauf, dass alle gläubigen Christen sich daran erinnern, dass man nicht Gott und dem Mammon dienen kann und sich an die zentrale christliche Botschaft erinnern: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ und dass sie auch mal wieder die Bergpredigt lesen und ihre Botschaft (z.B. „selig die Friedfertigen“) verinnerlichen. Ich hoffe vor allem auf das politische Engagement der Menschen in den unterschiedlichen kirchlichen Organisationen und Verbänden. Ich hoffe auf ihre Zusammenarbeit mit den vielen Menschen, die anderen Religionen angehören oder die nicht gottgläubig sind, denen aber klar ist, dass wir unsere Wirtschaftsweise und den Imperialismus überwinden müssen.

Ich hoffe, dass die Gewerkschaften, die sozialen Organisationen, die Umweltschutzverbände, die Weltläden, die globalisierungskritischen Bewegungen, die Friedensinitiativen und die

Engagierten in den Sozialforen ihre Kräfte bündeln und zusammen mit den kirchlichen Organisationen die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu einem gemeinsamen Ziel erklären. Und ich hoffe, dass die vielen verantwortungsbewussten Unternehmer, Handwerker, Selbständige und Landwirte, denen klar ist, dass sie nicht den Ast absägen dürfen auf dem sie sitzen, ihren Einfluss über ihre Verbände geltend machen und mit den anderen Organisationen am selben Strang in die gleiche Richtung ziehen.

Ich rufe denjenigen Mitgliedern der etablierten Parteien zu, denen klar ist, dass eine radikale Wende unserer Wirtschaftsweise unumgänglich ist, ihre Parteien unter Druck zu setzen und wenn es keine andere Möglichkeit gibt, ihre Partei zu verlassen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass das nicht leicht fällt. Nach 25-jähriger Mitgliedschaft in der CDU fiel es mir sehr schwer, diesen Schritt zu tun.

Ich hoffe auf den Erfolg der neuen linken Partei, deren Programmatik den Erfordernissen schon sehr nahe kommt. Ihre Glaubwürdigkeit muss sie aber in der Praxis, dort wo sie Mitverantwortung trägt, unter Beweis stellen.

Die Mitglieder der sehr kleinen Parteien und die Aktivisten politischer Zirkel bitte ich zu überlegen, wie sie der Wirkung ihrer Aktivitäten mehr Effektivität verleihen können. Allen muss klar sein, dass es keine Partei geben kann, zu deren Programmatik alle zu 100 % „ja“ sagen können. Entscheidend ist, dass man die Parteien unterstützt, die die derzeit dringendste Problematik erkennen und mit ihrer Programmatik und der praktizierten Politik der Lösung schon sehr nahe kommen. Vorurteile und alte Ressentiments müssen zu Gunsten des übergeordneten Ziels überwunden werden.

Seit 25 Jahren ist die Ökologie ein Thema. Eine Partei hatte sich ihr verschrieben. Geändert hat sich aber nur sehr wenig. Nicht einmal in der Zeit, in der die „Öko-Partei“ mit in der Regierung war, gab es große Fortschritte. Das muss zu Denken geben, darf aber nicht zur Resignation führen. Wir dürfen uns nicht mehr mit Formelkompromissen, Scheinaktivitäten und Halbheiten abspeisen lassen und zufrieden geben.

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich ihrer Macht mit dem Stimmzettel bewusst werden. Politiker wollen gewählt werden. Das Problem ist nur, dass die Parteien mit den oben genannten Formelkompromissen bei den WählerInnen, insbesondere bei ihrer traditionellen Wählerschaft, scheinbar richtige Aktivitäten vortäuschen und damit Hoffnungen wecken, die sie dann aber nicht erfüllen. So vergehen Wahlperioden um Wahlperioden, ohne die Probleme zu lösen, im Gegenteil, sie werden verstärkt.

Deshalb ist die bessere Alternative, in einer Partei als Mitglied mitzuwirken. Die höchste Einflussmöglichkeit besteht in einer Partei, die sich im Umbruch oder im Aufbau befindet und **in der die Gattung „homo oeconomicus“ keinen oder möglichst wenig Einfluss hat.** Suchen sie sich eine aus!

Vor 150 Jahren gab es den Aufruf zur internationalen Vereinigung aller Arbeiter, heute benötigen wir dringend die Vereinigung aller ökologisch-sozialen und friedfertigen Kräfte!

November 2007 (zweite überarbeitete Fassung)

Franz Groll

Eichendorffstr.4

75391 Gechingen

Franz.Groll@gmx.de

Tel/Fax 07056 2391